Nr. 69 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 12. März 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 10 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1.50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 30 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1.20 Mk., vierteljährlich 3.60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1.30 Mk., vierteljährlich 3.90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. 1.39 Mk., vierteljährl. 3.90 Mk.
„ B mit „Illust. Neueste" „ 1.45 „ „ 4.35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. 2.15 Kr., vierteljährl. 6.45 Kr.
„ B mit „Illust. Neueste" „ 2.32 „ „ 6.96
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1.10 Mk. Einz.-Komm. 10 Pf.

Anhaltende rege Erkundungstätigkeit

Wieder 18000 Tonnen versenkt — Der russisch-japanische Vertrag behält seine Gültigkeit — Verstimmung in Schweden über die deutsch-finnische Verständigung

Lord Cecil über Japans Eingreifen

Die amerikanischen Bedenken gegen Japans Eingreifen in Sibirien werden offenbar in der Entente nicht allgemein geteilt. Lord Robert Cecil hat eine neue rhetorische Anstrengung gemacht, mit der er versucht, Deutschland unbegrenzte Welteroberungspläne unterzuschieben. Sie scheint vor allem an die Adresse Amerikas gerichtet zu sein und lautet nach einer Reutermeldung:

„Als unabhängiger souveräner Staat wird Japan jeden Schritt unternehmen, den es für richtig hält. Ich würde sicherlich nicht überrascht sein, wenn Japan im Hinblick auf die Ereignisse es für wünschenswert hielte, in seinem eigenen Interesse und im Interesse der Alliierten insgesamt Truppen zu entsenden, um eine Germanisierung Sibiriens zu verhüten. Ich persönlich würde dies willkommen heißen, wenn Japan als Beauftragter der Alliierten handeln würde. Man hat keine richtige Vorstellung davon, wie furchtbar ernst die Durchdringung Rußlands durch Deutschland gemeint ist. Die öffentliche Aufmerksamkeit scheint hauptsächlich darauf gerichtet zu sein, ob Deutschland imstande sein wird, aus der Ukraine Lebensmittel zu bekommen oder nicht. Das ist es nicht, was Deutschland erstrebt. Seine Politik ist nichts weniger, als der riesenhafte Plan einer Welteroberung. Das sehen wir an den baltischen Provinzen und an Finnland. Das gibt ihm tatsächlich die gesamten russischen Küsten an der Ostsee und läßt Rußland nur noch in Archangelsk und an der Murmanküste einen Zugang zum Meere. Das hat Deutschland tatsächlich ausgeführt. Deutschland hat ferner Odessa besetzt oder ist wenigstens im Begriff, es zu besetzen, und gleichzeitig hat es auf der Rückgabe der Häfen im Osten und im Schwarzen Meere an die Türkei bestanden. Deutschlands Absicht hierbei ist, die Bagdadeisenbahn durch eine neue Linie nach Osten über den Kaukasus und durch Nordwestpersien zu ersetzen." Auch die Armenier, an denen England und Amerika das tiefste Interesse hätten, seien durch den deutschen Vertrag den Türken wieder ausgeliefert worden.

„Die Karte zeigt", fuhr Lord Cecil fort, „welchen furchtbaren Eroberungsplan die Preußen noch hegen. Ihr Plan, Frankreich zu vernichten, ist fehlgeschlagen, aber sie hatten stets noch den Plan von Eroberungen im Osten in Reserve. Dies ist jetzt das Ziel Deutschlands. Gegenwärtig ist die militärische Herrschaft über das deutsche Volk noch unerschüttert. Gibt es irgendeinen Grund, weshalb Deutschland nicht versuchen sollte, in Sibirien einzudringen, wie es das anderswo getan hat? Ich sehe keinen. Wir haben eine Meldung, daß die deutschen Gefangenen in Sibirien organisiert werden und daß ein preußischer General dorthin geschickt worden ist, um die Arbeit auszuführen. Wir würden im höchsten Grade töricht und verbrecherisch handeln, wenn wir nicht jeden möglichen Schritt versuchten, um diesen deutschen Plan zu vereiteln. Ich denke, wir würden gut beraten sein, wenn wir den Beistand unsres japanischen Verbündeten bei dieser Sache suchten. Ich glaube, daß alle verantwortlichen Männer in Rußland seinen Beistand gegen die deutsche Bedrohung willkommen heißen würden."

•

Entspannung im fernen Osten?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 11. März

Laut den Pariser Zeitungen werden in der New-Yorker Presse Nachrichten aus Tokio veröffentlicht, wonach das Auslandsreiseverbot für japanische Reserveoffiziere und für wehrpflichtige Mannschaften wieder aufgehoben wurde. Man erblickt darin eine Entspannung der Lage im Osten. Für die beiden Jahresklassen 1894 und 1895 bleiben die erlassenen Einberufungsbefehle bestehen.

Die „Morning Post" erfährt aus Tokio, daß fünf Jahrgänge der japanischen Marine am 5. März einberufen worden sind.

•

Die Japaner in den deutschen Kolonien

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 11. März

Nach einer Heraldmeldung aus Tokio wurden am 1. März auf den bisherigen deutschen Kolonien im Stillen Ozean japanische Zivilbehörden eingesetzt.

Die Lebensmittelnot in England

* Basel, 10. März

Das englische Kriegsamt hat beschlossen, daß für die nächste Zeit aller Schiffsraum ohne Ausnahme für die Einfuhr von Brotgetreide, Fleisch und Fett vorbehalten werden müsse. Selbst Rohmaterialien für Munitionsfabriken und Viehfutter müßten dahinter zurückstehen.

Vorstöße an mehreren Stellen der Westfront

× Großes Hauptquartier, 11. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenwerfertätigkeit lebte am Abend vielfach auf. Rege Erkundungstätigkeit hielt an. Eigene Abteilungen drangen an mehreren Stellen der flandrischen Front, in der Gegend von Armentières und auf dem westlichen Maasufer in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims trat wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete, auf der Kathedrale von Reims eingerichtete Blinkstelle der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter v. Tutschek und Leutnant Wüsthoff errangen ihren 27., Oberleutnant Bethge seinen 20. Luftsieg.

Osten

Feindliche Banden wurden bei Bachmatsch (nordöstlich von Kijew) und bei Nadjelnaja (an der Bahn Shmerinka—Odessa) zersprengt.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die Sowjetregierung erkennt den russisch-japanischen Vertrag an

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

s. Basel, 11. März

„Daily Chronicle" meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkskommissare erklärte für die gegenwärtige Regierung die Anerkennung und den Eintritt in den russisch-japanischen Vertrag über Ostasien, der von Japan 1916 mit der früheren Zarenregierung abgeschlossen wurde.

Die Sowjetregierung kündigt die bevorstehende Verlegung der Hauptstadt nach Moskau an. Petersburg soll als Freihafen erklärt werden.

Eine finnische Proklamation

Wie „Dagens Nyheter" aus Wasa erfahren, hat die dortige finnische Regierung aus Anlaß der deutschen Alandsexpedition folgende Proklamation erlassen:

„Die Landung der Deutschen auf Aaland geschieht ebenso wie ihre Operationen auf dem Festland im Einverständnis mit der finnischen Regierung. Der Oberbefehlshaber der Truppen der finnischen Republik hat der Regierung mitgeteilt, daß wir, seitdem wir Waffen erhalten haben, mit eigener Kraft den Kampf gegen die Russen und Roten Gardisten hätten durchführen können, aber die vielen in Südfinnland verübten Gewalttaten und die Lebensmittelnot der Bevölkerung sowie die täglich aus Rußland eintreffenden Bolschewikihaufen veranlaßten die Regierung, sich zum Wohle des Landes eines handkräftigen Freundes zu bedienen. In Deutschlands Friedensbedingungen für Rußland steht auch die Bestimmung, daß die russischen Truppen und Bolschewiki aus Finnland entfernt werden müssen. Diese Räumung will Deutschland, gestützt auf seine nach Finnland entsandten Truppen, überwachen. Deutschland gestattet nicht, daß russische Soldaten als Zivilpersonen verkleidet in Finnland kämpfen und durch Unterstützung der roten Banditenhorden den deutsch-russischen Friedensvertrag betrügerisch umgehen."

Nach offiziellen Mitteilungen aus Finnland versuchen die russischen Soldaten und Rotgardisten, die Bedingungen des deutsch-russischen Friedensvertrages durch massenweise ungesetzliche Eindürgerung als finnische Staatsbürger zu umgehen.

Ein hoher finnischer Offizier hat den Mitarbeiter von „Berlingske Tidende" in Wasa zu folgender Meldung ermächtigt: Die Rote Garde flüchtet unter Panik und Plünderungen aus Helsingfors und andern südfinnischen Städten. Die Bevölkerung fragt sich: Warum befreien uns die Weißen Garden nicht? Die Bevölkerung muß indessen mit der Befreiung warten, bis alles in Ordnung ist, damit ein allgemeiner Angriff dem Sieg bringen kann. Am 1. April wird alles in Ordnung sein und Finnland sowohl von den Russen als auch von der Roten Garde befreit werden.

„Nya Dagligt Allehanda" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Chef der finnischen Regierung Senator Renvall. Danach hat das Ausbleiben schwedischer Hilfe und das ständige Zuströmen von Truppen aus Rußland zur Unterstützung der Roten Gardisten die finnische Regierung dazu bestimmt, Deutschland um Hilfe zu bitten. Die von Deutschland auf Aaland getroffenen Maßnahmen seien nicht dazu geeignet, einen etwaigen Meinungsaustausch mit andern interessierten Mächten auf der Grundlage des Friedens von Brest-Litowsk auszuschließen.

•

Die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs

Wie die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, tritt heute der für Finnland ernannte Gesandte Frhr. von Brück die Reise nach Finnland an. Der zum zeitweiligen diplomatischen Vertreter bei der ukrainischen Regierung ernannte Botschafter a. D. Frhr. v. Mumm begibt sich heute nach Kijew.

•

Schwedische Unfreundlichkeiten

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

m. Köln, 11. März

Die „Köln. Ztg." meldet aus Stockholm: Die Unfreundlichkeiten der schwedischen Presse gegen Deutschland und Finnland sind heute noch gesteigert infolge des Bekanntwerdens der Bedingungen des deutsch-finnländischen Friedensvertrages. Das Regierungsblatt „Dagens Nyheter" wendet sich scharf gegen Finnland, indem es dieses einer Skandinaven feindlichen Politik verdächtigt und Norwegen als durch Ausdehnungsbestrebungen Finnlands bedrohte Macht hinstellt. Das Blatt behauptet, man dürfe annehmen, daß die Absichten Finnlands an der Eismeerküste sich auf das auf norwegischem Gebiete liegende Tal eines Grenzflusses beziehen, und spricht gereizt von einer finnländischen Gefahr für Norwegen, die von den norwegischen Bolschewiki ebenso wie von der Regierung in Christiania erkannt worden sei. Die Wahrscheinlichkeit dieser Pläne wird mit Finnlands Anlehnung an Deutschland begründet. Die aus verbandsfreundlichen Quellen in Stockholm in Umlauf gesetzten Gerüchte von bereits erfolgten Zusammenstößen zwischen dem deutschen Landungskorps und den schwedischen Wachmannschaften auf den Alandsinseln werden heute als falsch erklärt.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 10. März. (Amtlich)

Unsre U-Boote haben im Sperrgebiet um England 18000 Br.-Reg.-Tonnen Schiffsraum vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen waren zwei Engländer, nämlich der bewaffnete Dampfer „Dalewood" (2420 Br.-Reg.-Tonnen) mit 3000 Tonnen Kohlen, für die englische Flotte in Scapa Flow bestimmt, und der bewaffnete Dampfer „Largo" (1764 Br.-Reg.-Tonnen) mit 2400 Tonnen Kohlen für Belfast. Zwei weitere Dampfer, darunter einer von 4000 Br.-Reg.-Tonnen, hatten als Ladung Malmt und Oel an Bord.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Ueber die kürzlich in Kraft getretene Zwangszuteilung der Lebensmittel sowie über ihre Ursache, die U-Boots-Wirkung, schreiben die „Sunday Times" vom 10. Februar: Das Volk kann nicht begreifen, warum die zuletzt hinausgeschobene Rationierung plötzlich eingeführt wird. Dafür muß die Admiralität verantwortlich gemacht werden. Sie hat den Umfang unsrer Schiffsverluste geheimgehalten, und in dem Wunsche, dem Feind keine Anhaltspunkte zu geben, einen ähnlich falschen Eindruck im Lande hervorgerufen. Dem Durchschnittsengländer wurde nie die äußerst wichtige Tatsache mitgeteilt, daß nicht nur in der Welt eine Lebensmittelknappheit, sondern eine weit ernstere Knappheit an Schiffen besteht und daß wir nicht mehr auf die reichlichen überseeischen Zufuhren rechnen können, von denen wir in der Vergangenheit lebten. Die U-Boots-Drohung hat sich zu einer richtigen Gefahr entwickelt, und wir sind unfähig, in bisher nie gekannter Weise auf unsre eigene Erzeugung angewiesen.

England bleibt in Gibraltar

Clémenceaus „Homme Libre" hatte in einem längeren Artikel die Abtretung des gesamten spanischen Besitzes in Marokko sowie Tangers an Frankreich verlangt. England sollte dafür Gibraltar an Spanien abtreten und Ceuta als Entgelt erhalten. Zu dieser französischen Forderung sagt ein englisches Blatt:

s. Basel, 11. März. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Mail" meldet, in England denke kein Mensch an eine Abtretung Gibraltars an Spanien. England habe kein Interesse an einer Aenderung der Machtverhältnisse in Marokko, wohl aber an der Aufrechterhaltung der englischen Mittelmeerkontrolle im Wirtschaftskriege nach dem Kriege.

Eine andre Haltung Englands wird man wohl auch in Frankreich nicht ernstlich erwartet haben.

Die Gefahr der deutsch-englischen Gegensätze für Oesterreich-Ungarn

Von Dr. Walter Schotte (Berlin)

Indem der Krieg sich seinem Ende nähert, suchen die Augen das Dunkel zu durchdringen, in das die Zukunft hinter den Friedensschlüssen gehüllt ist. In Oesterreich-Ungarn ist stärker als sonst in der Welt das Gefühl vorhanden, daß mit dem Kriege eine alte Zeit ihr blutiges Ende gefunden hat, daß mit dem Frieden eine neue Zeit anbrechen wird und muß. Auch die, die nicht glauben, das „tausendjährige Reich" des Friedens sei schon gekommen, quälen sich doch mit dem Gedanken herum, wie bei dem Fortbestand alter Verpflichtungen, alter Machtgruppierungen eine friedliche Ordnung der Staatenwelt, ein gutes Verhältnis zu dem Westen Europas überhaupt einmal wieder angebahnt und durchgeführt werden kann.

Oesterreich-Ungarn hatte das Bündnis mit dem Deutschen Reich gegen die russische Gefahr geschlossen. Gewiß, entsprechend diesem Sinne des Bündnisses, entstand auch die deutsch-österreichisch-ungarische Kriegsgemeinschaft durch den russisch-serbischen Angriff. Daß aber auch Oesterreich-Ungarn in einen Weltkrieg gegen England und Frankreich gerissen wurde, beruht auf dem Wert, den umgekehrt das mitteleuropäische Bündnis für Deutschland in seinem Gegensatz zu den Westmächten allmählich hatte. Heute liegt der russische Riese am Boden, sein Reich ist aufgeteilt, die ungeheure Gefahr, jahrzehntelang ständig gegenwärtig, die immer schwerer auf Oesterreich-Ungarn gelastet hatte, ist zunächst auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte gebannt. Sie dürfte wiederkehren. Weitschauende Politiker halten diese Wiederkehr für unvermeidlich, glauben, daß die östliche Gefahr der Zukunft schwerer sein wird als die vergangene, indem nicht mehr eine Oberschicht die Politik und den Gang des russischen Reiches bestimmen wird, dafür aber, je mehr Länder und Völker sich im Osten entwickelt haben, um so stärker naturnotwendige Kräfte der Entwicklung von Wirtschaft und Verkehr diese Massen nach Westen drängen werden. Es ist kindisch, anzunehmen, daß die künftigen russischen Ausdehnungstendenzen über den menschenarmen Osten, der bevölkerungsmäßig wenig Entwicklungsmöglichkeiten bietet, oder über die Gebirge des Südens seinen Weg nehmen wird. Die russische Kraft ist für alle Zukunft nach Westen orientiert, das ist die tragische Folge der Gestaltung und Gliederung dieses Weltteils.

Aber unser mitteleuropäisches Volk im ganzen empfindet heute und für die nächste Zukunft diese fernen Entwicklungen noch nicht so schwer, wie die Gefahren, die unmittelbar nach Friedensschluß auftauchen könnten. Die antienglischen Tendenzen, die östlichen gegen England gerichteten Orientierungen deutscher Politiker sind es, die in Oesterreich-Ungarn Beängstigungen auslösen. Man fürchtet, daß das mitteleuropäische Bündnis der Zentralmächte in Zukunft noch stärker, als es bereits im Krieg der Fall gewesen ist, einen ausschließlich deutschen Sinn bekommen wird, eine Waffe Deutschlands in seinem anstrebenden „100jährigen Kampf" mit England werden soll. Das will man nicht! Oesterreich lebte unter lokalen politischen Bedingungen, es stand nicht in der Weltpolitik. Sein geschichtliches Schicksal war die Behütung Europas gegen Osten, beherrschend war also sein Gegensatz zu Rußland. Aus diesem Grunde machte es Ansprüche auf den Balkan, es bestand auf dem russenfreien Balkan, es sah ferner im Balkan ein wirtschaftliches Vorzugsgebiet. Endlich gab es nationale Grenzstreitigkeiten, vor allem gegen Rumänien, und Jahrhunderte alte, die durch historische Reminiszenzen besonders bitter waren gegen Italien. Kolonien hatte Oesterreich nicht, sein Welthandel war relativ klein, auch aus seinem riesigen Auswandererverkehr zog man weltpolitische Ambitionen ebensowenig, da eben dieser Verkehr handelspolitisch nicht ausgemünzt werden konnte. Die Weltmeere waren fern, man lebte am Mittelmeer, das ein englisches mare clausum ist; Gegensätze zu Frankreich oder England konnten seit 1866 nicht mehr entstehen, also war es leicht möglich, die gute Freundschaft zu Westmächten zu pflegen, die im Interesse der Mittelmeerlage erwünscht war.

Alle diese Bedingungen würden nach dem Kriege zurückkehren. Dazu sind die inneren Verhältnisse eher schwieriger als vorher. Unter diesen Umständen scheint der Anspruch auf eigene Weltpolitik noch chimärischer, als er bis dahin schon gewesen wäre. Jetzt aber soll Oesterreich-Ungarn durch das Bündnis mit Deutschland, das seine akute Bedeutung gegen den Osten verloren hat, in die deutsche Weltpolitik hineingezogen werden. Das Bündnis wird von den deutschnationalen Gruppen der Monarchie gefordert, aber, so sagen die Gegner, offenbar zum Schaden der künftigen Politik des Gesamtstaates, nur im nationalistischen Interesse eben der Deutschen der Monarchie. Es mag wahr sein, meinen die Gegner weiter, daß das Bündnis mit Deutschland, wenn es auf Zollfreiheit ausgedehnt wird, dem Ganzen wirtschaftliche Vorteile bietet, wenn auch selbstverständlich diese oder jene industriellen Gruppen zunächst Schaden haben würden, aber diese weltpolitischen Vorteile sind ständig bedroht durch die Gefahr neuer Kriegsentwicklung. Ein Krieg kann genügen, um die wirtschaftlichen Ergebnisse von 20 Jahren einer durch die Zollfreiheit mit Deutschland vergrößerten Wirtschaft zu vernichten. Oesterreich-Ungarn braucht den Frieden wie kein andrer Staat der Welt, es kann

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180312/1